

legschaft verunsichert wird, aus Angst vor einer Entlassung bei der Stange zu halten.

Außerdem würde ich den Paragraphen 8.1. noch benennen. Dort hatten wir vorgeschrieben, daß Unternehmensberatungsgesellschaften und Verkaufsgesellschaften für die Privatisierung und Sanierung hinzuzuziehen sind. Ich glaube, auch in dieser Frage hat die Treuhand bisher nicht genügend getan. Sie hat natürlich viel getan, aber es hätte mehr geschehen können. Wirtschaftsprüfer allein genügen nicht, man muß hier schon M- und A-Gesellschaften hinzuziehen.

Ich möchte also die ganze Problematik an diesen drei Paragraphen festmachen, also an der personellen Seite, an der richtigen Struktur - ich bin nach wie vor der Meinung, daß die im Gesetz vorgesehene Struktur die bessere war, weil sie nämlich unternehmerische Funktionen besser erfüllt - und dann drittens an dem Sachverstand von außen. Die Treuhand kämpft mit den inneren Problemen, mit der Struktur vom 1.3. 1990 immer noch und ist nicht darüber hinweggekommen.

Meine Fragen möchte ich wie folgt zusammenfassen: Werden Sie, Herr Präsident, wenn Sie Ihre Niederlassungen gründen, dort eine völlig neue Besetzung vorsehen, oder bedienen Sie sich wieder dieser bereits seit dem März oder mit dem Gesetz vom März bestehenden Außenstellen? Das war die erste Frage.

Zweitens. Sind Sie nicht der Meinung, daß es notwendig wäre, noch mehr Sachverstand von außen, das heißt also M- und A-Firmen hinzuzuziehen, weil wir einfach unzufrieden sind über die Ergebnisse und zunächst warten, daß es richtig losgeht.

Die dritte Frage: Werden Sie die Ausschreibung der Geschäftsführerstellen und die Stellen für die Vorstände, wie das im § 16 vorgesehen ist und wie wir es auch heute in einem Gesetz noch beschließen wollen, zügig in Angriff nehmen können, um die alten Strukturen, die sich wieder verfestigt haben, aufzulösen? Warum wollen Sie, wie Sie das in Ihrem Beitrag hier gesagt haben, als Anbieter erst im nächsten Jahr auftreten? Ich bin der Meinung, wir müssen bereits heute unsere Betriebe ausschreiben und international anbieten. Wir können nicht erst bis zum nächsten Jahr warten, also nicht in diesem Jahr erst als Verkäufer und im nächsten Jahr als Anbieter, sondern das bereits jetzt parallel tun. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Abgeordneter Nitsch. Es liegt, wie bereits angekündigt, eine Anfrage an. Sind Sie bereit, darauf einzugehen? Bitte schön.

Dr. Ullmann (Bündnis90/Grüne):

Herr Nitsch! Kennen Sie den Entwurf von Demokratie Jetzt, der vor dem Gesetz vom 1. März liegt, in dem erstens das gesamte Volkseigentum erfaßt ist und auf jede zentralistische Struktur verzichtet worden ist, weil das Gesetz gleich Länderebenen voraussetzt und zweitens eine ganz radikale Privatisierung vorgesehen war?

Nitsch (CDU/DA):

Diesen Entwurf von vor dem 1.3. kenne ich nicht. Aber ich glaube, Sie bezogen sich in Ihrem Beitrag auf das Gesetz vom 1.3.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Herr Abgeordneter Nitsch. Als nächster erhält für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Frank Bogisch das Wort. Ich bitte ihn, in diesem Zusammenhang gleich seine persönliche Erklärung anzufügen und würde im Anschluß daran

Herrn Präsidenten Dr. Rohwedder bitten, auf die gestellten Fragen noch einzugehen.

Bogisch für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen, die Zeit läuft uns sonst weg. Der Grundsatz, von dem die Volkskammer ausgegangen ist, war, sich so wenig wie möglich administrativ in die Treuhandgeschäfte einzuschalten und dort die wesentlichen Entscheidungen alleine finden zu lassen. Auf der Tagesordnung stand hier nur die Setzung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen - Treuhandgesetz, GmbH-Gesetz, Aktiengesetz etc. Dieses hat die Kammer meiner Meinung nach in relativ hektischer, aber erfolgreicher Weise zustande gebracht. Dann entstand eine gähnende Leere unserer Meinung nach, 3 Monate jetzt fast, in der es mehrmals Anfragen und Aussprachen gab und an deren Ende Gott sei Dank Sie, Herr Präsident, in der Kammer erschienen sind. Ich denke, es ist fast zu spät, wir existieren nur noch 3 Wochen, heute ganz genau 3 Wochen.

Lassen Sie mich 7 Fragen an Sie richten, die immer noch aktuell sind, trotz der Ausführungen vorher aus sozialdemokratischer Sicht.

Erstens. Die Personalfragen der Altleiter. Es ist uns unverständlich, wie, nun können wir uns streiten, ob 2 000 oder 4 000 Briefe auf Ihrem Tisch liegen oder auf Ihrem Personalcheftisch, wo Bewerbungen ausländischer Firmen, Unternehmer, Berater usw., die hier mitarbeiten wollen, sind, nicht einer unserer Information nach bearbeitet, auf der anderen Seite sämtliche Seilschaften in Ihrem Hause schon wieder total komplett funktionieren. Wenn ich höre, daß der Kollege Rauchfuß jetzt dort Mitarbeiter ist, erwarte ich jeden Tag die Meldung, daß Kollege Mittag mitmacht. Die Namensliste könnten wir unendlich fortsetzen - Singhuber usw.

Zweitens. Die Frage, die auch angeschnitten wurde, der Arbeitnehmervertreter. Wie stehen Sie gerade in den neuen Strukturen, die Sie errichten wollen - da komme ich noch drauf -, dazu, wie Arbeitnehmer und Kommunen, Kartellamt usw. vertreten sein können, unabhängig von dem normalen Wahlverfahren der Beschäftigten?

Drittens: Die Frage der Philosophie. Ich habe viel gehört im Moment, daß Sie von der Philosophie ausgehen: so schnell wie möglich privatisieren. Auch das Berger-Konzept geht davon aus. Also ich denke: Konkursverwalter und Privatiseur paßt nicht. Ich würde mir mehr wünschen, wenn überhaupt: Sanierer und Privatiseur und Arbeitsplatzsicherer. Denn Sie haben das Schicksal von sechs Millionen Arbeitnehmern in Ihren Händen - oder doch in Ihrer Anstalt -, von 8 000 Betrieben. Und ich denke nicht nur privatisieren unter den heutigen Bedingungen, ich denke sanieren ist das Zukunftskonzept. Und wenn der Gewinn für den Staat oder für unterschiedliche Beteiligungsleute mit gesichert ist, dann ist das nicht die Frage.

(Zuruf von der CDU: Rentabilität!)

Natürlich Rentabilität. Deshalb sanieren. Sie sollten mal Marktwirtschaft studieren.

(Unruhe im Saal)

Die vierte Frage ist: Sie sprachen davon, nicht Staatsmonopol zu ersetzen durch Privatmonopol. Dann ist mir unverständlich, wie sie dem Energievertrag zustimmen wollen im Verwaltungsrat, warum Sie selbst nichts gegen die Interhotelaktion auf diesem Gebiet unternehmen, über das Kartellamt vielleicht. Oder die Frage der Banken- und Versicherungsübernahmen sind mir hier doch eine Grauzone. Vielleicht können Sie dazu noch zwei Sätze verlieren.

Fünftens: Herr Ullmann vom Bündnis90 hat es schon angeschnitten. Wir sind etwas erstaunt - ich habe es schon gesagt, daß wir die Rahmenbedingungen gesetzt haben, drei Monate auf Aktivitäten gewartet haben und Sie jetzt sagen, daß das Leben